



Antrag-Nr. VII-A-10257

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Marcus Weiss

Stammbaum:
VII-A-10257 Marcus Weiss

Betreff:
Öffentlicher Menschen Nahverkehr

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Ratsversammlung
Verwaltungsausschuss
FA Stadtentwicklung und Bau

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

05.06.2024

Zuständigkeit

Verweisung in die
Gremien
1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bei der sächsischen Staatsregierung zu erwirken, das Kommunen freie Hand bekommen in Hinsicht auf die Aufstellung von Satzungen, welche kommunale Gebühren bzw Steuern erheben, mit dem Ziel den ÖPNV für die Menschen in der Zone 110 inkl. Flexa-Gebieten künftig kostenfrei anbieten können.

Parallel soll eine Satzung erstellt und, nach erfolgreicher Intervention bei der Staatsregierung, abgestimmt werden, bei welcher die Finanzierung hierfür durch eine Arbeitsplatzabgabe abgesichert wird. Es sollen sowohl SV-pflichtige Arbeitsplätze als auch Selbstständige und Freiberuflerinnen bedacht werden.

Diese Einnahmen müssen zweckgebunden und dürfen ausschließlich zur Finanzierung des ÖPNV genutzt werden.

Darüber hinaus wird der aktuelle Zuschuss der Kommune an die Verkehrsbetriebe vorerst weiter gezahlt bis alle Erweiterungs- und Modernisierungspläne der LVB realisiert sind.

Sachverhalt

Es gibt in Leipzig 279.330 (Stand 2022) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und sicherlich noch eine hohe 5-stellige Zahl an Selbstständigen, Freiberuflern & sonstigen nicht SV-pflichtig Beschäftigten. Sollte jede Arbeitgeberin in Leipzig für jeden Arbeitsplatz eine Mobilitätsgebühr von beispielsweise 500€ im Jahr zahlen, als Lohnnebenkosten natürlich absetzbar, stünden den LVB allein aus dieser Quelle mindestens 140 Millionen Euro zur Verfügung, 5 Millionen mehr als die LVB in 2022 Umsatz hatte.

Im Zuge des Klimanotstandes ist es dringend geboten, den ÖPNV zu stärken und die städtische Gesellschaft zukunftsfähig zu transformieren.

Anlage/n
Keine